

6. Ein Plädoyer für die Berücksichtigung von Sicherheit in ihrer Relationalität, Differenzialität und Komplexität

Die folgenden Schlussbetrachtungen dienen dazu, die analytischen Ergebnisse zusammenzufassen und im Hinblick auf die Frage zu diskutieren, wie die erfassten Deutungen und Praktiken von Sicherheit aus einer interpretativen, lebensweltlichen und machtkritischen Perspektive einzuordnen sind. Sowohl durch die methodologische Haltung als auch die methodische Vorgehensweise, die dieser Forschung zugrunde liegen, ist es möglich, den aktuellen Forschungsstand zu Kritischer Sicherheitsforschung zu bereichern, marginalisierte Perspektiven zu beleuchten und hervorzuheben sowie das komplexe Beziehungsgeflecht zu staatlichen Instanzen wie etwa der Polizei vor dem Hintergrund ihrer Sicherheitsdeutungen und -praktiken zu erfassen.

Durch die empirische Analyse zeigt sich, dass sowohl Polizist:innen als auch Geflüchtete auf Vorerfahrungen rekurrieren, um Situationen, Personen oder Orte als sicher oder unsicher einzuordnen. Während Geflüchtete auf ihrer Flucht oder in ihrem Herkunftsland mit physischer Unsicherheit und Bedrohung Erfahrungen gemacht und damit verschiedene Umgangsweisen praktiziert haben, verfügen Polizist:innen über ein Erfahrungswissen, das sie sich im Laufe ihrer beruflichen Praxis angeeignet haben und das sich institutionsintern weiterträgt. Beide Akteursgruppen greifen damit auf ein Erfahrungs- und Sicherheitswissen zurück. Die Vorerfahrungen und das Vorwissen, das sich über die Zeit gebildet hat, ist sehr entscheidend für die jeweilige Sicherheitswahrnehmung. Zudem verdeutlicht die Analyse, dass insbesondere Geflüchtete Zukunftsängste haben und in einem Zustand der ständigen Ungewissheit leben. Zudem weist die Analyse der Sicherheitsdeutungen von Geflüchteten darauf hin, dass sie sich in einer ständigen Gleichzeitigkeit von Sicherheitssituationen begreifen. Denn es zeigt sich – so eine der zentralen Erkenntnisse dieser Forschungsarbeit –, dass Geflüchtete sich durch eine transnationale Sicherheitsdeutung von Polizist:innen unterscheiden

Ferner wird deutlich, dass globale Unsicherheiten und Konflikte, die ihren Ursprung andernorts haben, auch im Lokalen – meist in Flüchtlingsunterkünften – wieder aufkommen können. Ohnehin deuten beide Akteursgruppen große Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtungen als unsichere Orte für Geflüchtete, für Anwohner:innen und zum Teil auch für Polizist:innen. Beide (Geflüchtete und Polizist:innen) verorten Sicherheit und

Unsicherheit, machen diese Wahrnehmung teilweise an Personen, aber auch an den Zuständen der Einrichtung fest: Dort drängen sich viele Menschen, darunter auch psychisch belastete oder drogenkranke Personen, in räumlicher Enge. Leerstellen gerade in der empirischen Analyse wurden insbesondere hinsichtlich rechtsmotivierter Angriffe und Übergriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte ersichtlich.

Eine weitere in dieser Forschung untersuchte Dimension, die die Sicherheitsdeutung beider Akteur:innen prägt, sind die sozialen Beziehungen. Polizist:innen und Geflüchtete nehmen bestimmte Personen als bedrohlich für ihre eigene Sicherheit und/oder die öffentliche Sicherheit wahr, etikettieren diese Personen folglich. Polizeiliche Etikettierungsmaßnahmen haben weitreichendere Auswirkungen als durch Geflüchtete vorgenommene Etikettierungen. Zudem verfügen Polizist:innen über eine umfassende Deutungshoheit, da sie von der Gesellschaft als legitimierte Sicherheitsakteur:innen angerufen und wahrgenommen werden. Personen können aber auch Sicherheit, Schutz und Vertrauen bedeuten, wodurch ebenso die jeweiligen Sicherheitswahrnehmungen der Geflüchteten und Polizist:innen geprägt sind.

Zudem zeigt sich, dass in den Begegnungen und den daraus entstehenden Vertrauens- oder Misstrauensverhältnissen grundlegende Elemente für die jeweiligen Sicherheitswahrnehmungen entstehen. Je positiver besetzt die Wahrnehmung voneinander ist, desto weniger ordnen sich Geflüchtete und Polizist:innen als gefährdend ein. Daraus lässt sich schließen, dass Begegnungen eine Möglichkeit sind, um das Verhältnis zueinander, gegenseitige Wahrnehmung voneinander und damit auch die jeweiligen Sicherheitswahrnehmungen zu gestalten. Denn allein durch die alltäglichen Begegnungen zwischen Geflüchteten und Polizist:innen zeichnet sich ab, dass sich die Wahrnehmungen voneinander unterscheiden und es differente Umgangsweisen miteinander gibt. Einflussfaktoren sind Vertrauens- und Misstrauenserfahrungen, Vorerfahrungen, wiederholte negativ aufgeladene Begegnungen. Dadurch kann auch Verständnis füreinander entwickelt werden. Es wird somit deutlich, dass die sozialen Beziehungen Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmungen haben und eine Möglichkeit dafür bieten, wie für eine Stärkung des Sicherheitsgefühls gesorgt werden kann und wie auch sozialer Zusammenhalt geschaffen werden kann. Auf Grundlage dieser Erkenntnis ließe sich das gesellschaftliche Zusammenleben harmonischer gestalten: Anstatt weiter Unsicherheiten zu schüren, sollte auf Begegnungen gesetzt werden, auch wenn das kein Allheilmittel ist. Dennoch entsteht der Eindruck mit Blick auf die aktuellen politischen Dynamiken, dass durch die Versicherheitlichung der ›Anderen‹ eine Fremdheit und Distanz geschürt wird, während durch Begegnungen das Gegenteil erreicht werden könnte.

Die Relevanz von Begegnungen und Misstrauens- sowie Vertrauensverhältnissen für die Sicherheitswahrnehmungen von Polizist:innen und Geflüchteten wurde durch den Fokus auf die alltäglichen Sicherheitsdeutungen sichtbar. Auf diese Weise habe ich den Forschungsstand der Kritischen Sicherheitsforschung und Kriminologie mit ethnographischen Erkenntnissen um die Subjektivität, Konstruiertheit und Differenzialität von Sicherheit erweitert. Damit ist eine weitere zentrale Erkenntnis dieser Forschungsarbeit aufgeführt. Durch die Fokussierung auf die *everyday securities* und damit auf die alltägliche Herstellung von Sicherheit wird ein Transformationspotenzial von bestehenden Ungleichverhältnissen und Ambivalenzen erkennbar. Außerdem konnte ich durch diese

Perspektive auf alltägliche und individuelle Erfahrungen darlegen, dass Geflüchtete über eine Handlungsmacht verfügen, um sich selbst und andere zu schützen. Damit knüpfe ich an die *agency*-Forschung an und fokussiere mich auf den Aspekt der Sicherheit. Somit wird auf diese Weise die Handlungsmacht von Geflüchteten, ihre Widerstände und Mikropolitiken ersichtlich und damit der dominierenden Viktimisierung von Schutzsuchenden etwas entgegengesetzt. Wichtig ist mir in Anlehnung an Johnson (2013: 70) zu sagen, dass diese Publikation nicht dazu dient, Geflüchteten eine Stimme zu geben, denn darüber verfügen sie. Vielmehr ist es mein Ziel, diesen Stimmen, Wahrnehmungen und Handlungsweisen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Durch mein methodisches Vorgehen, meine Forschungshaltung und die methodologische Ausrichtung der Forschung habe ich ihnen zugehört und ihre Äußerungen und Handlungsweisen analysiert.

Des Weiteren habe ich durch diesen Forschungsansatz den Versicherheitlichungsdiskurs von Flucht und Migration konterkariert und die Wahrnehmungen derjenigen beleuchtet, die in diesem Diskurs entweder als bedrohlich oder vulnerabel konstruiert werden. Vor dem Hintergrund dessen, dass es noch wenige empirische Erkenntnisse und theoretische Konzeptionalisierungen zu den Sicherheitsdeutungen und -praktiken von marginalisierten Personen gibt, sind die Erkenntnisse aus dieser Arbeit hinsichtlich der Umgangsweisen mit und Wahrnehmungen von Sicherheit durch Geflüchtete neu und zugleich anschlussfähig an die bestehende Forschung. Die Arbeit leistet durch die Erkenntnisse darüber, wie Geflüchtete mit Ungewissheiten und Unsicherheiten umgehen, einen Beitrag zu dem Forschungsstrang *Security from the Margins*. Hier werden Personengruppen samt ihren Handlungen betrachtet, die Sicherheit schaffen, aber im System marginalisiert sind. Die Perspektive der Geflüchteten ist darin bislang unterbeleuchtet. Die Erkenntnisse aus dieser Arbeit, dass Geflüchtete sich Sicherheit schaffen, indem sie sich kollektiv zusammenschließen; staatliche Politiken unterlaufen, die sie in Unsicherheit bringen würden; sich Alltagsroutinen schaffen, um Ungewissheiten entgegenzuwirken und/oder sich zurückziehen, um einem möglichst geringen Sicherheitsrisiko ausgesetzt zu sein, schließt sehr gut an diesen Forschungsstrang an und bereichert ihn um die Perspektiven und Handlungsweisen von Geflüchteten. Zudem erweitern diese Erkenntnisse über die Sicherheitspraktiken von Geflüchteten den Ansatz der Autonomie der Migration um eine sicherheitstheoretische Dimension.

Durch die Konzentration auf die alltäglichen Sicherheitsdeutungen und -praktiken von Geflüchteten und Polizist:innen habe ich in dieser Forschungsarbeit einen anderen Schwerpunkt gelegt, als dies in der Versicherheitlichungsdebatte der Fall ist. Durch diese Herangehensweise war es mir möglich, die individuelle Perspektive auf und die Umgangsweise mit Sicherheit aufzuzeigen. Auch Polizist:innen agieren als Einzelpersonen, die unterschiedliche Deutungen ›der Lage‹ und Umgangsweisen damit haben. Hier zeigt sich ihr Ermessensspielraum, über den sie trotz rechtlicher Vorgaben verfügen. Mit Blick auf alltägliche Praktiken, die ebenso in dieser Arbeit untersucht wurden, zeigt sich bei Polizist:innen, dass ihre Beteiligung und auch Wirkung an gesellschaftlichen Diskursen keinesfalls unterschätzt werden sollte – gerade vor dem Hintergrund steigender Unsicherheitserzeugung und Ausweitung polizeilicher Handlungsspielräume. Eine hervorzuhebende Erkenntnis dieser Forschungsarbeit ist, dass sich diese Ausweitung insbesondere im Bereich präventiver Interventionsmöglichkeiten bemerkbar macht, um ein Vertrauensverhältnis zu Bürger:innen und Geflüchteten aufzubauen. Je

mehr Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten der Polizei zugesprochen werden, desto weniger Widerstandsmöglichkeiten wird dem ›polizeilichen Gegenüber‹ gewährt. Das ist nicht unproblematisch vor dem Hintergrund, dass Polizei differenziell, stigmatisierend und kategorisierend arbeitet, wie zahlreiche Forschungen zeigen, und im Verhältnis zu Geflüchteten eine Machtasymmetrie besteht, wie in dieser Forschungsarbeit dargelegt wurde.

Wie sich die Polizei in den Debatten über Zuwanderung verortet, wie sie handelt und welches Sicherheitsverständnis sie in Bezug auf Geflüchtete vertritt, wurde zwar in manchen gesellschaftlichen und polizeikritischen Debatten über die rassistische Handlungsweise der Polizei andiskutiert, doch an einer Forschung zur polizeilichen Sicherheitsdeutung in Bezug auf die Gruppe der Geflüchteten fehlt es bislang. An diese Forschungslücke knüpft die vorliegende Arbeit an und kommt zu dem Schluss, dass Geflüchtete von Polizist:innen nicht per se als Bedrohung wahrgenommen werden. Vielmehr stellen die Jahre 2014 bis 2016 eine Situation der Unübersichtlichkeit für Polizist:innen dar. Aufgrund der fehlerhaften oder nicht vorhandenen Registrierungsverfahren bei der Einreise von Geflüchteten seien die Risiken von Unsicherheit gestiegen, so die polizeiliche Wahrnehmung. Damit stellten weniger die Geflüchteten, sondern vielmehr die als mangelhaft erachteten Sicherheitsvorkehrungen des deutschen Staates ein Manko dar. Der lebensweltliche Ansatz verdeutlicht ebenfalls, dass Polizist:innen zwar differenziell handeln und Ungleichheiten reproduzieren, jedoch auch Empathie gegenüber Geflüchteten zeigen und diese nicht zwangsläufig als Bedrohung wahrnehmen. Durch diese Erkenntnisse kann dem Versicherheitlichungsdiskurs entgegengehalten werden, dass die Erzählung vor den gefährlichen ›Anderen‹ nicht der polizeilichen Sicherheitswahrnehmung entspricht. Viel eher sahen sich Polizist:innen in den Jahren 2014ff. dazu aufgerufen, den Bedrohungsdiskurs zu entdramatisieren und darzulegen, dass Geflüchtete nicht krimineller als andere sind. Unter Berücksichtigung der empirischen Forschungserkenntnisse und der vorangegangenen theoretischen Rahmung zeigt sich, dass die Notwendigkeit besteht, die Ängste der Bürger:innen einzuordnen, ohne vorschnell mit einer sicherheitspolitischen Argumentation zu antworten.

Zudem wurden durch die Fokussierung auf die subjektiven Sicherheitsdeutungen und -praktiken der beiden Akteursgruppen Emotionen eingefangen, die noch zu wenig in der Forschung erfasst wurden. So ist es möglich aufzuzeigen, dass auch Polizist:innen viel mit den Emotionen der Bürger:innen arbeiten, um ihre Sicherheitspraktiken zu legitimieren. Sie begründen in den Interviews sowie in Pressemeldungen, dass sie bestimmte Maßnahmen wie Streife fahren oder Präsenz zeigen durchführen, um verunsicherte Bürger:innen zu beruhigen. Die Sorgen der Bürger:innen verschaffen den Polizist:innen damit die Möglichkeit, ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Aber auch ihre eigenen Ängste thematisieren Polizist:innen, wenn sie Orte oder Personen als unsicher deuten. Hier zeigt sich in den Erzählungen, dass sich ihr objektiver Blick mit ihren subjektiven Wahrnehmungen vermischt. Das ist in der Polizeiforschung keine völlig neue Erkenntnis, zeigt aber, dass Polizist:innen nicht allein als Vertreter:innen der Polizeiorganisation zu verstehen sind, sondern auch als Individuen mit subjektiven Vorerfahrungen.

Auch Geflüchtete thematisieren in den Interviews ihre Emotionen, insbesondere dann, wenn es um ihre Ängste geht, die sich auf die Situation ihrer Familien im Herkunfts- oder einem Transitland beziehen oder sie über ihre Zukunftsängste sprechen.

Denn diese sind besonders dominant, wenn sie für sich keine Perspektive oder eine Ungewissheit im Asylsystem sehen. Es zeigt sich, dass das Asylsystem bei ihnen Ungewissheit auslöst und andere Formen der Unsicherheit hervorruft, die sie vor und während ihrer Flucht nicht so präsent hatten, als sie sich insbesondere von physischer Unsicherheit bedroht sahen.

Schließlich verdeutlicht diese Forschungsarbeit, dass Sicherheitswahrnehmungen und -praktiken immer mit Emotionen in Verbindung zu setzen sind, und ich liefere damit der objektivierenden Erzählung von Sicherheit ein weiteres Gegenargument. Es zeigt sich insbesondere im Aufeinandertreffen transnationaler und nationaler Sicherheitswahrnehmung, dass Sicherheit komplex ist und diese Berücksichtigung weder in den aktuellen politischen Debatten, die sich in den Versicherheitlichungsdiskurs einreihen, noch in der polizeilichen Praxis berücksichtigt werden. Des Weiteren liefere ich mit dieser Arbeit und ihren Forschungserkenntnissen ein Instrumentarium für die Beschreibung und Analyse von Sicherheit als ein subjektives Element, das Gesellschaftsanalysen und Disziplinen der nationalen Sicherheit etwas entgegensetzt. Sicherheit muss in seiner Subjektivität und Differenzialität betrachtet werden – auch bei staatlich legitimierten und exekutiven Akteur:innen wie der Polizei.

Im Zusammenhang mit Migration und Flucht lässt sich derzeit eine autoritäre und rassistische Wende beobachten, deren Hauptargumentation darin besteht, Migration, Zuwanderung und deren Subjekte zu einem grundlegenden Sicherheitsproblem zu erklären. Auf diese einwanderungskritische Stimmung antwortet die Bundespolitik mit Sicherheitsmaßnahmen und -praktiken, die dem Schutz der Wohnbevölkerung in Deutschland dienen sollen, jedoch zugleich neue Unsicherheiten für Migrant:innen und Geflüchtete innerhalb und außerhalb Deutschlands schaffen. Maßnahmen, die auf Grundlage der Versicherheitlichung von Flucht und Migration stattfinden, zeigen sich etwa in restriktiven Asylgesetzen. Ferner werden sicherheitspolitische Maßnahmen als Antwort auf sozialpolitische Probleme – wie Wohnungsnot, wachsende soziale Ungleichheiten und mangelnde Infrastruktur – gesehen, ohne dass die tatsächlichen Ursachen der Probleme angegangen werden. Der intensive Streit über den Umgang mit Zuwanderung droht nicht nur, grundlegende Fragen sozialer Ungleichheit zu verdecken, sondern auch mit Sicherheitsfragen zu vermischen, obwohl es gar nicht um diese Sicherheitsfragen geht. In diesem Kontext wird hierzulande »irreguläre Migration« immer wieder als Sicherheitsproblem dargestellt, wodurch soziale Probleme mit einer sicherheitsorientierten Argumentation überlagert werden (u.a. Perinelli 2024). Würde allerdings Sicherheit in diesen Debatten einerseits in seiner Alltäglichkeit, Differenzialität und Perspektivenabhängigkeit berücksichtigt werden, würde die Debatte weitaus komplexer ausfallen und diese vereinfachenden Antworten könnten nicht greifen. Vor diesem Hintergrund plädiere ich für einen Sicherheitsbegriff, der diese Komplexität aufgreift und insbesondere Aspekte der sozialen Sicherheit berücksichtigt. Zu dem Plädoyer für einen sozialen und an Gesellschaftlichkeit ausgerichteten Sicherheitsbegriff passt die Analyse von Gebauer/Trojanow (2018: 58), demnach sich »Gesellschaftlichkeit [...] weder mit Zäunen und Mauern, noch mit dem Ausbau der Sicherheitsapparate bewahren« lasse. Vielmehr würde »Sicherheitspolitik [...] die soziale Ungleichheit« verstärken (ebd.). Folglich bedarf es eines positiv konnotierten Sicherheitsbegriffs, dessen Grundannahme darin besteht, gemeinsam Sicherheit zu schaffen. Sicherheit sollte also

als etwas Kollektives verstanden werden, wie es sich etwa in den Praktiken von Geflüchteten abzeichnet, die sich nicht auf äußere Sicherheitsstrukturen verlassen können oder wollen. Diese Praktiken des füreinander Sorgens und kollektiv (über nationale Grenzen hinweg) Sicherheit zu schaffen, sind in den Praktiken der Geflüchteten in dieser Forschungsarbeit erkennbar. Damit plädiere ich nicht für einen vollständigen Abbau staatlicher Sicherheitsstrukturen, sondern dafür, dass Gesellschaft und Individuen gemeinsam neue Sicherheitsstrukturen entwickeln.

Statt das Konzept allein sicherheitspolitischen Akteur:innen oder den Antreiber:innen autoritärer Entwicklungen zu überlassen, sollte es generell und insbesondere angesichts einer autoritären Wende in der Weltgesellschaft kritisch hinterfragt und neu definiert werden. Aus diesem Grund habe ich Sicherheit sowohl aus staatlicher als auch aus nicht-staatlicher Perspektive betrachtet und die alltäglichen sowie subjektiven Sicherheitsdeutungen und -praktiken der Akteur:innen beleuchtet. Um dem Trend der Versicherheitlichung entgegenzuwirken, der spätestens seit den 1980er Jahren in westlichen Gesellschaften festzustellen ist und sich bis heute auf viele gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet hat, müssen wir als Weltgemeinschaft Sicherheit neu denken – ohne alle Themen und Gesellschaftsbereiche durch sicherheitspolitische Maßnahmen zu überlagern. Vielmehr sollte der Fokus darauf liegen, Sicherheit neu zu konzeptualisieren: als globale Gerechtigkeit, als Schutz der Menschenrechte und als Grundlage für den Weltfrieden. Dafür braucht es einen Wandel der Debatte.